

Mittwoch, 19. Oktober 2011 Nachmittag

Vorsitz: Standespräsident Ueli Bleiker
Protokollführer: Domenic Gross
Präsenz: anwesend 116 Mitglieder
entschuldigt: Cortesi, Koch, Nigg, Righetti
Sitzungsbeginn: 14.00 Uhr

1. Auftrag Müller betreffend Einführung des Öffentlichkeitsprinzips auf Gesetzesstufe

Erstunterzeichner: Müller
Regierungsvertreter: Schmid

I. Antrag Regierung Die Regierung beantragt, den Auftrag abzulehnen.

II. Beschluss Der Grosse Rat lehnt die Überweisung des Auftrages mit 84 zu 22 Stimmen ab.

2. Anfrage Albertin betreffend Umstrukturierung der Schätzungsbezirke im Kanton Graubünden

Erstunterzeichner: Albertin
Regierungsvertreter: Schmid

Antrag Albertin
Diskussion

Abstimmung
Diskussion wird mit offentsichtlichem Mehr beschlossen.

Erklärung Der Anfrager erklärt sich von der Antwort der Regierung teilweise befriedigt.

3. Interpellanza Michael (Castasegna) concernente i rapporti del Cantone dei Grigioni con l'Italia

Erstunterzeichner: Michael (Castasegna)
Regierungsvertreter: Schmid

Erklärung Der Anfrager erklärt sich von der Antwort der Regierung befriedigt.

4. Anfrage Casanova-Maron betreffend Kostenentwicklung Pflegefinanzierung

Erstunterzeichnerin: Casanova-Maron
Regierungsvertreterin: Janom Steiner

Erklärung Die Anfragerin erklärt sich von der Antwort der Regierung teilweise befriedigt.

5. Anfrage Rathgeb betreffend Erdbbensicherheit der Schlüsselinfrastruktur im Kanton Graubünden

Erstunterzeichner: Rathgeb
Regierungsvertreterin: Janom Steiner

Erklärung Der Anfrager erklärt sich von der Antwort der Regierung befriedigt.

6. Auftrag Augustin betreffend Ermächtigungsverfahren für Strafverfahren gegen Polizisten

Erstunterzeichner: Augustin
Regierungsvertreterin: Janom Steiner

I. Antrag Regierung Die Regierung beantragt, den Auftrag zu überweisen.

Antrag Augustin
Diskussion

Abstimmung
Diskussion wird mit offensichtlichem Mehr beschlossen.

II. Beschluss Der Grosse Rat überweist den Auftrag mit 101 zu 0 Stimmen.

7. Kommissionsauftrag KGS betreffend Aufgaben- und Finanzentflechtung in der Krankenpflege (Erstunterzeichnerin Casanova-Maron)

Erstunterzeichnerin: Casanova-Maron
Regierungsvertreterin: Janom Steiner

I. Antrag Regierung Die Regierung beantragt, den Auftrag zu überweisen.

II. Beschluss Der Grosse Rat überweist den Auftrag mit 104 zu 0 Stimmen.

8. Auftrag Niggli-Mathis (Grüsch) betreffend Anhebung des Numerus clausus bei den Medizinstudenten auf 2000 Studienplätze

Erstunterzeichner: Niggli-Mathis
Regierungsvertreterin: Janom Steiner

I. Antrag Regierung Die Regierung beantragt, den Auftrag zu überweisen.

II. Beschluss Der Grosse Rat überweist den Auftrag mit 103 zu 0 Stimmen.

9. Anfrage Tenchio betreffend Schaffung eines kantonalen Obergerichts

Erstunterzeichner: Tenchio
Regierungsvertreterin: Janom Steiner

Erklärung Der Anfrager erklärt sich von der Antwort der Regierung nicht befriedigt.

10. Auftrag Tenchio betreffend Familien-Ergänzungsleistungen

Erstunterzeichner: Tenchio
Regierungsvertreter: Trachsel

I. Antrag Regierung Die Regierung beantragt, den Auftrag abzulehnen.

II. Beschluss Der Grosse Rat lehnt die Überweisung des Auftrages mit 55 zu 46 Stimmen ab.

11. Anfrage Holzinger-Loretz betreffend System und Entlöhnung von Auszubildenden der schulgestützten Ausbildung HF-Pflege

Erstunterzeichnerin: Holzinger-Loretz
Regierungsvertreter: Jäger

Erklärung Die Anfragerin erklärt sich von der Antwort der Regierung teilweise befriedigt.

12. Anfrage Michael (Donat) betreffend Departementsverfügung Einweglehrmittel in den Schulen

Erstunterzeichner: Michael (Donat)
Regierungsvertreter: Jäger

Antrag Michael (Donat)
Diskussion

Abstimmung
Diskussion wird mit offensichtlichem Mehr beschlossen.

Erklärung Der Anfrager erklärt sich von der Antwort der Regierung teilweise befriedigt.

13. Anfrage Sax betreffend Überführung von Vernetzungskonzepten in die Ortsplanungen

Erstunterzeichner: Sax
Regierungsvertreter: Jäger

Antrag Sax
Diskussion

Abstimmung
Diskussion wird mit offensichtlichem Mehr beschlossen.

Erklärung Der Anfrager erklärt sich von der Antwort der Regierung nicht befriedigt.

14. Anfrage Pfäffli betreffend Einhaltung des Entsendegesetzes und des Gesetzes gegen die Schwarzarbeit im Zweitwohnungsbereich

Erstunterzeichner: Pfäffli
Regierungsvertreter: Trachsel

Antrag Pfäffli
Diskussion

Abstimmung
Diskussion wird mit offensichtlichem Mehr beschlossen.

Erklärung Der Anfrager erklärt sich von der Antwort der Regierung nicht befriedigt.

15. Auftrag Conrad betreffend Gesamtkonzept "Aushubdeponien im Kanton Graubünden"

Erstunterzeichner: Conrad
Regierungsvertreter: Jäger

I. Antrag Regierung Die Regierung beantragt, den Auftrag im Sinne ihrer schriftlichen Ausführungen zu überweisen.

Antrag Conrad
Diskussion

Abstimmung
Diskussion wird mit offensichtlichem Mehr beschlossen.

II. Beschluss Der Grosse Rat überweist den Auftrag im Sinne der schriftlichen Ausführungen der Regierung mit 84 zu 0 Stimmen.

16. Anfrage Thöny betreffend Biodiversitätsziele 2020

Erstunterzeichner: Thöny
Regierungsvertreter: Jäger

Erklärung Der Anfrager erklärt sich von der Antwort der Regierung befriedigt.

17. Auftrag Gasser betreffend Einführung einer kostenneutralen kantonalen Einspeisevergütung für Solarstrom als Zwischenfinanzierung zur Bundes-KEV

Erstunterzeichner: Gasser
Regierungsvertreter: Cavigelli

I. Antrag Regierung Die Regierung beantragt, den Auftrag abzulehnen.

II. Beschluss Der Grosse Rat lehnt die Überweisung des Auftrages mit Stichentscheid des Landespräsidenten mit 44 zu 43 Stimmen ab.

18. Auftrag Pfäffli betreffend die Höhe von Förderbeiträgen für Erdsonden-Wärmepumpen in Verbindung mit der thermischen Nutzung von Sonnenenergie

Erstunterzeichner: Pfäffli
Regierungsvertreter: Cavigelli

I. Antrag Regierung Die Regierung beantragt, den Auftrag abzulehnen.

Ordnungsantrag Pfäffli
Behandlung des Vorstosses in der Dezembersession 2011

Angenommen

19. Anfrage Davaz betreffend Bau von Gross-Windkraftwerken in Graubünden

Erstunterzeichner: Davaz
Regierungsvertreter: Cavigelli

Erklärung Der Anfrager erklärt sich von der Antwort der Regierung nicht befriedigt.

Schluss der Sitzung: 18.35 Uhr

Es sind folgende Vorstösse eingegangen:

Auftrag Kollegger (Chur) betreffend Massnahmen zur Beseitigung des Mangels an ICT-Fachkräften

Die Schweiz bildet heute weniger als halb so viele Informatikerinnen und Informatiker aus, wie der Arbeitsmarkt heute und in den nächsten Jahren benötigt. Die Dachorganisation der Informatik- und Kommunikationstechnologieberufe «ICT- Berufsbildung Schweiz» bestätigt, dass der Anteil der Lernenden im Verhältnis zu den ICT-Beschäftigten nur 3,7 Prozent beträgt, gegenüber dem Landesdurchschnitt in anderen Branchen von 5,4 Prozent.

Laut aktuellen Studien geht man davon aus, dass ohne Gegenmassnahmen bis ins Jahr 2017 32'000 ICT-Fachkräfte (Informatiker/-innen und Mediamatiker/innen) auf allen Qualifikationsstufen fehlen werden; dies in einem Berufsfeld, das von entscheidender Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz ist. Der BIP-Anteil der ICT-Branche selbst beträgt 5 Prozent bzw. 25 Mrd. Franken.

Der Nachwuchs an Fachkräften in der Informatik ist für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Kantons und der ganzen Schweiz zentral. Sowohl die Privatwirtschaft als auch die öffentliche Hand sind darum gleichermassen gefordert, entsprechende Massnahmen einzuleiten.

Die Frage des Fachkräftenachwuchses ist grundsätzlich auf verschiedenen Stufen anzugehen. Aktivitäten müssen bereits auf der Volksschulstufe beginnen und auf der Sekundarstufe weitergeführt werden. Bei der Umsetzung der geplanten Massnahmen soll auch das Ziel verfolgt werden, verstärkt das Interesse von Mädchen und jungen Frauen für ICT-Berufe zu wecken.

Aus obigen Erwägungen resultieren folgende Aufträge:

1. Das Erziehungsdepartement soll im Rahmen eines gesamtdepartementalen ICT-Projektes die strategische Steuerung und die Koordination der bestehenden und geplanten Massnahmen im ICT-Bereich auf allen Bildungstufen klären.
2. Es sind seitens der Regierung Massnahmen zu ergreifen, mit denen der Mangel an ICT-Fachkräften, insbesondere an Informatikerinnen und Informatikern, entgegengewirkt werden kann. Namentlich soll der Kanton die Schaffung entsprechender Lehrstellen in Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft propagieren und fördern. Besonderes Augenmerk soll insbesondere auf Mädchen und junge Frauen gerichtet werden, die heute immer noch zu wenig ihren beruflichen Start in einem ICT-Beruf sehen.

Kollegger (Chur), Koch (Igis), Cavegn, Aebli, Brandenburger, Buchli-Mannhart (Safien-Platz), Caluori, Campell, Candinas, Casutt, Clalüna, Clavadetscher, Conrad, Dosch, Foffa, Gasser, Jaag, Kappeler, Koch (Tamins), Mani-Heldstab, Michael (Donat), Michael (Castasegna), Müller, Niggli-Mathis (Grüsch), Noi-Togni, Papa, Parolini, Pedrini, Steck-Rauch, Tomaschett (Breil), Tscholl, Buchli (Felsberg), Deplazes, Fausch, Haltiner, Liesch, Monigatti

Auftrag Cavegn betreffend Änderung des Wahlverfahrens für kantonale Gerichte

Gemäss Art. 36 Ziff. 3 KV wählt der Grosse Rat die Mitglieder des Kantonsgerichts und des Verwaltungsgerichts. Fraktionen sind nach Art. 57 Grossratsgesetz in der Regel entsprechend ihrer Stärke zu berücksichtigen. Das weitere Wahlverfahren ist in Art. 22 des GOG geregelt. Danach schreibt die für die Justiz zuständige Kommission des Grossen Rats frei werdende Stellen öffentlich aus. Sie prüft daraufhin die Bewerberinnen und Bewerber auf ihre persönliche und fachliche Eignung und gibt zuhanden des Grossen Rats eine Empfehlung ab. Bei der Wahl schliesslich hat der Grosse Rat die drei Amtssprachen des Kantons gebührend zu berücksichtigen.

Durch die Beachtung der Fraktionsstärken sind Richterwahlen auch heute noch politische Wahlen. Die vorgeschriebene öffentliche Ausschreibung, die kostspielig auch in ausserkantonalen Zeitungen erfolgt, suggeriert dagegen ein unpolitisches und offenes Verfahren. Folge davon ist, dass die Kommission für Justiz und Sicherheit mit Bewerbungen von persönlich und fachlich geeigneten, politisch aber chancenlosen Personen konfrontiert ist. Gleichwohl müssen Hearings veranstaltet und schliesslich dem Grossen Rat Empfehlungen abgegeben werden.

Zu erwähnen ist, dass sich nach geltender Rechtslage Kandidatinnen und Kandidaten dem Auswahlverfahren nicht zwingend stellen müssen. Fraktionen können auch nach Ablauf der in der Ausschreibung genannten Fristen und selbst unter Umgehung der Kommission für Justiz und Sicherheit dem Grossen Rat Personen zur Wahl vorschlagen.

Das heute geltende Verfahren mit der öffentlichen Ausschreibung erweist sich letztlich als Farce. Es zwingt die Kommission für Justiz und Sicherheit zu einem erheblichen Aufwand. Von persönlich und fachlich geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern wird es zu Recht als unfair empfunden.

Mit der Besetzung der kantonalen Gerichte unter Berücksichtigung der Fraktionsstärke einerseits und der Sprachen andererseits hat der Kanton Graubünden gute Erfahrungen gemacht. Für eine sinnvolle Evaluation durch die Kommission für Justiz und Sicherheit ist die öffentliche Ausschreibung jedoch nicht zielführend. Diese ist folglich abzuschaffen und durch eine Regelung zu ersetzen, wonach die Anspruch auf einen Sitz erhebenden Fraktionen ihre Vorschläge zu Händen der Kommission für Justiz und Sicherheit abzugeben haben. Erst nach Erhalt der Vorschläge hat die Kommission für Justiz und Sicherheit die Bewerberinnen und Bewerber auf ihre persönliche und fachliche Eignung hin zu überprüfen.

Die Regierung wird ersucht, dem Grossen Rat eine Botschaft zur entsprechenden Änderung des Wahlverfahrens von Art. 22 GOG vorzulegen.

Cavegn, Kollegger (Chur), Caduff, Aebli, Albertin, Bondolfi, Buchli-Mannhart (Safien-Platz), Caluori, Candinas, Casty, Casutt-Derungs, Clalüna, Conrad, Dermont, Dosch, Engler, Fallet, Fasani, Geisseler, Gunzinger, Heiz, Hitz-Rusch, Jeker, Joos, Kleis-Kümin, Koch (Tamins), Kollegger (Malix), Kunz (Fläsch), Kunz (Chur), Mani-Heldstab, Märchy-Caduff, Michael (Donat), Nick, Niederer, Niggli-Mathis (Grüsch), Papa, Parolini, Parpan, Rathgeb, Sax, Steck-Rauch, Stiffler (Davos Platz), Stiffler (Chur), Tenchio, Tomaschett (Breil), Tomaschett-Berther (Trun), Zanetti, Calonder, Cortesi, Derungs, Liesch

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Der Landespräsident: Ueli Bleiker

Der Protokollführer: Domenic Gross